Fränkische Landeszeitung, 29. Mai 2010

Beim Bau des Verkehrsanschlusses für US-Siedlung am Urlas:

Leitungen müssen raus

Pläne des Staatlichen Bauamts betreffen Strom, Wasser und Gas

ANSBACH (fri) – Was an Veränderungen durch den Straßenanschluss der US-Siedlung am Urlas auf die Anwohner und Grundbesitzer im weiteren Umkreis, aber auch auf die Nutzer der B 14 zukommt, davon können sich Bürger derzeit im Ansbacher Bauamt ein Bild machen. Dort liegen die Unterlagen in Kopie zur Einsicht aus, die das Staatliche Bauamt als Bauherr des Knotens der Stadt zur Stellungnahme überlassen hat. Nicht nur die Stadtverwaltung als „Träger öffentlicher Belange", auch die Bürger selbst können Einsicht nehmen und Kritik beziehungsweise Änderungsvorschläge äußern.

Unter anderem wird laut Stadtrat Boris-André Meyer aus diesen Unterlagen deutlich, weshalb er befürchtet *(siehe Bericht oben)*, dass der Knotenbau den Stadtwerken einiges Geld kosten wird. Werde das Bauvorhaben wie geplant und ohne Änderungen umgesetzt, müssten die Stadtwerke laut Meyer eine 20-Kilovolt-Leitung auf 625 Meter Länge umlegen und eine weitere so genannte „Steuerleitung" auf 425 Meter. Hinzu kämen Kosten für die Verlegung einer Gasleitung auf einer Strecke von 120 Metern. Eine Wasserleitung schließlich müsste derzeitigem Stand nach auf einer Länge von 180 Metern umgelegt werden.

Interessant nennt Meyer auch, was die Unterlagen über die nötige Landbeschaffung aussagen: 6,5 Hektar werden für den Knoten gebraucht, 4,8 Hektar davon sind angeblich im Privatbesitz von fast 30 Grundeigentümern. Ob die alle verkaufsbereit sind, ist derzeit offenbar noch nicht weiter geklärt. Landbeschaffungsmaßnahmen können sich extrem hinziehen, wie das Beispiel einer ebenfalls von den Amerikanern beanspruchten Fläche östlich von Katterbach zeigte, bei der erst nach Jahren Einigung über den Verkauf erzielt werden konnte.